

15.02.01

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu der
gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für den
Mittelmeerraum, festgelegt durch den Europäischen Rat von Feira
vom 19. Juni 2000**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 103085 - vom 12. Februar 2001. Das Europäische Parlament hat die
Entschließung in der Sitzung am 1. Februar 2001 angenommen.

EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum, festgelegt durch den Europäischen Rat von Feira vom 19. Juni 2000 (C5-0510/2000 – 2000/2247(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum, festgelegt durch den Europäischen Rat von Feira vom 19. Juni 2000 (C5-0510/2000)²⁵,
- gestützt auf die Artikel 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 23, 27 und 28 des EU-Vertrags,
- in Kenntnis der Schlusserkklärung des ersten parlamentarischen Forums, Europa-Mittelmeer, das am 27./ 28. Oktober 1998 in Brüssel tagte,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 11. Oktober 1995 zur Mittelmeerpolitik der Europäischen Union im Hinblick auf die Konferenz von Barcelona²⁶,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 14. Dezember 1995 zur Mittelmeerkonferenz von Barcelona²⁷,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 13. März 1997 zum gemeinsamen Bericht der Ratspräsidentschaft und der Kommission über die Mittelmeerpolitik – Umsetzung der Konferenz von Barcelona²⁸,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 11. März 1999 zu der Mitteilung der Kommission „Die Rolle der Europäischen Union im Nahost-Friedensprozess und ihre künftige Hilfe für den Nahen Osten“²⁹ sowie auf seine Empfehlung an den Rat zur Mittelmeerpolitik der Union vom selben Datum³⁰,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 30. März 2000 zur Mittelmeerpolitik³¹,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 15. November 2000 zur Mittelmeerpolitik der Union anlässlich der vierten Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister in Marseille³²,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 1. Februar 2001 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Vorbereitung der vierten Europa-Mittelmeer-Tagung der Außenminister: Intensivierung des Barcelona-Prozesses

²⁵ ABl. L 183 vom 22.7.2000, S.5.

²⁶ ABl. C 287 vom 30.10.1995, S. 121.

²⁷ ABl. C 17 vom 22.1.1996, S. 178.

²⁸ ABl. C 115 vom 14.4.1997, S. 159.

²⁹ ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 282.

³⁰ ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 286.

³¹ ABl. C 378 vom 29.12.2000, S.71.

³² Angenommene Texte Punkt 1.

(KOM(2000) 997 – C5-0630/2000 – 2000/2294(COS))³³

- in Kenntnis der Erklärung von Barcelona und des auf dieser Konferenz am 28. November 1995 angenommenen Arbeitsprogramms,
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Konferenz von Malta vom 15./ 16. April 1997, der Konferenz von Palermo vom 3./ 4. Juni 1998, der Konferenz von Stuttgart vom 15./ 16. April 1999, der Konferenz von Marseille vom 16./ 17. November 2000 sowie der Schlussfolgerungen der Bürgerforen von Malta, Neapel, Stuttgart und Marseille,
 - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0008/2001),
- A. in der Erwägung, dass die zunehmende Aktivität der Europäischen Union im Bereich der internationalen Beziehungen, wobei sie als globaler Akteur mit globalen Interessen auftritt, die Schaffung sukzessiver gemeinsamer Strategien erfordert, welche in kohärenter Weise Vorgehensweise, Zielsetzungen sowie die von der Union für die jeweiligen geographischen Bereiche eingesetzten Instrumente umfassen,
- B. in der Erwägung, dass die Entwicklung des historisch-politischen Kontextes zu Beginn der 90er-Jahre, insbesondere der Fall der Berliner Mauer und die darauf folgenden Anträge zahlreicher mittel- und osteuropäischer Länder auf Beitritt zur Union, Anlass gegeben haben zu einer Wiederherstellung des Gleichgewichts in den Beziehungen der Union zu den Ländern im Süden, sowie zu einer Stärkung dieser Beziehungen; hierbei wurde die Notwendigkeit der Schaffung eines euromediterranen Raumes des Friedens und der Stabilität deutlich,
- C. in der Erwägung, dass im Lichte dieser historischen Prozesse der euromediterrane Raum, insbesondere die 27 am Barcelona-Prozess, durch den die Partnerschaft Europa-Mittelmeer geschaffen wurde, beteiligten Staaten, zum Gegenstand einer neuen gemeinsamen Strategie des Rates geworden ist,
- D. in der Erwägung, dass die euromediterrane Politik zu einer wesentlichen Priorität der außenpolitischen Tätigkeit der Europäischen Union geworden ist, da die Bedeutung des Mittelmeerraums für Europa im Rahmen der Globalisierung zunimmt und die Mittelmeerregion mit Herausforderungen und Problemen von großer Tragweite in Bezug auf Sicherheit und Frieden, Ungleichgewichte und notwendige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte, Migration und demographische Gleichgewichte konfrontiert ist; es ist jedoch unklar, welche Zukunftsszenarien in diesem Raum denkbar sind, falls die Europäische Union nicht eine äußerst aktive und entschlossene Strategie für diese Region verfolgt,
- E. in der Erwägung, dass das Mittelmeer unter anderem das südliche Eingangsportal zum Atlantik darstellt für alle diejenigen, die aus Gründen der Bildung, des Berufes oder des Gewerbes ein Interesse daran haben, Beziehungen mit dem Norden Europas zu unterhalten,

³³ Angenommene Texte Punkt 11.

- F. in der Erwägung ferner, dass ein Europa ohne eine eigene Mittelmeerpolitik nicht nur in geopolitischer Hinsicht unausgewogen wäre, sondern auch darauf verzichten würde, weiterhin gerade jene stabilisierende Funktion wahrzunehmen, die für die Völker des Mittelmeerraumes von grundlegender Bedeutung ist;
- G. im Bewusstsein der strategischen Bedeutung des Mittelmeerraums aufgrund seines Reichtums und seiner Vielfalt in Bezug auf Kultur, Religion, Gesellschaft und Wirtschaft sowie aufgrund der Geschichte seiner Zivilisationen,
- H. in Kenntnis der Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren bei der Umsetzung der Initiativen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer aufgetreten sind, jedoch in der Erwägung, dass die Politik dieser Partnerschaft langfristig angegangen werden muss und dass ihre Fortsetzung von wesentlicher Bedeutung ist; ferner in der Erwägung, dass die Schwierigkeiten des Nahost-Friedensprozesses die Weiterentwicklung der Politik der Partnerschaft nicht wesentlich beeinträchtigen dürfen,
- I. nichtsdestoweniger in Anerkennung der Gültigkeit des Ansatzes und der Instrumente, welche die Grundlage der Partnerschaft Europa-Mittelmeer bilden, sowie der Notwendigkeit, diese Partnerschaft ausgewogen zu gestalten, zu verbessern und ihr neuen Schwung zu verleihen,
- J. in der Erwägung, dass auf der Konferenz von Marseille zwar keine größeren Ergebnisse erzielt wurden, dass diese Konferenz jedoch die Gelegenheit geboten hat, dem Barcelona-Prozess neuen Schwung zu verleihen,
- K. in der Auffassung, dass es unerlässlich ist, eine vertiefte Analyse sämtlicher Elemente durchzuführen, die zur Ineffizienz bei der Umsetzung dieser Partnerschaft geführt haben; im Anschluss daran müssen die operativen Instrumente und Mechanismen überprüft werden, wobei zugleich eine neue Generation von Programmen ins Auge gefasst werden muss,
- L. ferner in Erwägung der Notwendigkeit, die Aktionen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf realistische Ziele auszurichten, um deren Tragweite zu verbessern und gleichzeitig deren Effizienz zu erhöhen,
- M. in der Erwägung, dass 74% der Mittel des MEDA-Programms für den Zeitraum 1995-1999 nicht verwendet wurden; in der Hoffnung, dass die Kommission Durchführungsbestimmungen erlässt, anhand derer der Gesamtbetrag der Verpflichtungen absorbiert werden kann,
- N. unter Hinweis darauf, dass die Einbeziehung von Umweltanliegen in die gemeinsame Strategie eine Voraussetzung für eine gesunde gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist, wenn man die schwerwiegenden Probleme der Region im Zusammenhang mit der Wasserknappheit und -qualität, der Wüstenbildung, dem Klimawandel und dem Rückgang der Artenvielfalt bedenkt,
- O. in der Erwägung, dass die Ergebnisse des MEDA-Programms im Bereich der Hilfe für den wirtschaftlichen Übergang und die soziale Entwicklung die Anwendung der Partnerschaftsabkommen anregen müssten und nicht umgekehrt,
- P. in der Erwägung, dass die Weiterverfolgung einer umfassenden Europa-Mittelmeer-

Partnerschaft das angemessene Gegenstück zu dem derzeit laufenden Erweiterungsprozess darstellt und dass dies bei der Beurteilung und Wiederankurbelung des Barcelona-Prozesses bedacht werden muss, wenn es darum geht, Prioritäten, Ziele und erforderliche Instrumente festzulegen,

- Q. in der Erwägung, dass in der Außenpolitik der Union gegenüber dem Mittelmeerraum und vor allem gegenüber den Konfliktparteien im Nahen Osten die Ziele der gemeinsamen Strategie ausschließlich auf den Erfolg des Friedensprozesses und sogar auf die Zeit danach ausgerichtet sein müssen und dass die Rolle der Union sowohl in politischer Hinsicht gegenüber den Konfliktparteien als auch in Bezug auf konkrete Maßnahmen neu definiert werden muss, um das Leiden der Bevölkerung des Mittelmeerraums zu lindern und eine neue Annäherung und das Vertrauen zwischen den Parteien zu fördern,
 - R. unter neuerlicher Betonung der Tatsache, dass der Erklärung von Barcelona aus dem Jahr 1995 zufolge Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die wesentlichen Prinzipien sind, auf deren Grundlage die Partnerschaft Europa-Mittelmeer weiterentwickelt werden muss,
 - S. unter Bekräftigung seiner Aufforderung an den Rat und die Kommission, einen jährlichen Bericht über die Menschenrechte in den Teilnehmerstaaten des Barcelona-Prozesses zu erstellen und so auf die künftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen dieser Staaten zur Union und zu ihren Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen,
 - T. unter Hinweis darauf, dass die Rolle des euromediterranen parlamentarischen Dialogs als eines der wichtigsten Elemente der gemeinsamen Strategie anerkannt werden muss, und im Bedauern darüber, dass es an der Phase der konkreten Ausarbeitung der gemeinsamen Strategie nicht beteiligt war,
 - U. ferner in dem Wunsch, dass sein Standpunkt und die der Parlamente des Mittelmeerraums gebührend berücksichtigt werden, wenn es darum geht, die verschiedenen Maßnahmen und konkreten Initiativen, die von Rat und Kommission beschlossen wurden, in die Tat umzusetzen, um diese gemeinsame Strategie zu verwirklichen,
1. begrüßt die gemeinsame Strategie der Europäischen Union für den Mittelmeerraum, die der Europäische Rat von Feira beschlossen hat, und die in Einklang mit dem in seiner oben erwähnten Entschließung vom 30. März 2000 vorgebrachten Wunsch steht, der 1995 in Barcelona beschlossenen Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer neuen Schwung zu verleihen;
 2. nimmt die Schlussfolgerungen der Gipfelkonferenz von Feira in Bezug auf den Mittelmeerraum zur Kenntnis, bringt seine Besorgnis über die mangelnde Klarheit des Textes zum Ausdruck und stellt mit Genugtuung fest, dass die zu vagen Formulierungen mittlerweile etwas konkretisiert worden sind;
 3. ersucht den Rat, die auf der Konferenz von Barcelona eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen, um eine Politik durchzuführen, die mit den im Rahmen der gemeinsamen Strategie für den Mittelmeerraum festgelegten Zielen übereinstimmt;
 4. bedauert, dass das Parlament nicht enger in die Ausarbeitung der in Feira verabschiedeten Strategie einbezogen worden ist, und erwartet für die Zukunft eine offenere Haltung der

Kommission und des Rates, damit die Partnerschaft und der Dialog als Grundlagen der Mittelmeerstrategie konkrete Bedeutung erhalten;

5. äußert sich befriedigt über den Beschluss, am 8./9. Februar 2001 in Brüssel ein zweites Treffen des parlamentarischen Forums Europa-Mittelmeer abzuhalten, bei dem nach Möglichkeit eine ständige Struktur eingerichtet werden soll, in der Mitglieder des Europäischen Parlaments und Abgeordnete aus den assoziierten Ländern vertreten sind;

Zur Vision der Europäischen Union in Bezug auf den Mittelmeerraum

6. billigt das Ziel der Union, eine umfassende Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum weiter zu verfolgen, die die Konzeption und den grundlegenden Aufbau der Erklärung von Barcelona wieder aufgreift und den wechselseitigen Interessen der Partner Rechnung trägt; in diesem Sinne ist es wichtig, dass mit der Partnerschaft Europa-Mittelmeer eine globale Vision verfolgt wird, womit der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, dass die Verhandlungen mit einer echten strategischen Perspektive fortgesetzt werden;
7. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, den Eindruck zu vermeiden, dass die Europäische Union sich nur aus Sicherheitsgründen für den Mittelmeerraum interessiert, und ihre wirtschaftliche Tätigkeit unter keinen Umständen nur unter dem Blickwinkel der Erschließung der Märkte in den südlichen Ländern zu betrachten;
8. fordert den Rat und die Kommission auf, den Zugang zum MEDA-Programm und die Unterzeichnung der Assoziationsabkommen nicht voneinander abhängig zu machen, weil dies nicht dem ursprünglichen Ziel der MEDA-Programme entspricht, nämlich den Ländern des Südens dabei zu helfen, Reformen durchzuführen und so in der künftigen Freihandelszone wettbewerbsfähig zu werden;
9. bedauert, dass weder die Agrarerzeugnisse noch der organisierte Personenverkehr in den Partnerschaftsabkommen berücksichtigt werden;
10. weist erneut auf die Notwendigkeit hin, eine Finanzierung der Mittelmeerpolitik der Union zu gewährleisten, die es ermöglicht, die Mittel für die Länder Mittel- und Osteuropas (MOEL) und die Mittel für die Länder des Mittelmeerraums, unter Beachtung des Beschlusses des Europäischen Rates von Cannes, miteinander in Einklang zu bringen;
11. fordert für die Union eine aktivere Rolle in den Friedensverhandlungen im Nahen Osten, die im Einklang steht mit den ausgeprägten Interessen, die sie in dieser Region hat, sowie mit ihren Einflussmöglichkeiten, ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht, und schließlich mit ihrer traditionellen Rolle als Vermittler, Friedensstifter und ausgleichendes Element;
12. erwartet eine aktivere Rolle der Europäischen Union bei der Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten, ohne den die gesamte Strategie für den Mittelmeerraum in Frage gestellt wird; bedauert, dass die Konferenz von Marseille nicht zur Deeskalation des Palästina-Konflikts beigetragen hat;
13. empfiehlt, den derzeit geltenden bilateralen Abkommen in wirksamer Weise eine multilaterale Dimension zu verleihen, wodurch die regionale Integration und der Süd-Süd-Handel gefördert werden;

14. weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von grenzübergreifenden Projekten im Hinblick auf die Verbesserung und Stärkung der regionalen Zusammenarbeit hin;
15. fordert erneut, dass die Kommission und der Rat die verschiedenen Möglichkeiten untersuchen, um das Problem der Verschuldung zu lösen, und gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern der Union eine Umschuldung vorzugsweise in Entwicklungspolitiken vorsehen sowie zivile Kooperationsprojekte zugunsten der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, der Bildung und der Beschäftigung von Jugendlichen in der Währung des betreffenden Landes finanzieren;

Zu den Zielen der gemeinsamen Strategie

16. ist einverstanden mit den Zielsetzungen, die in Teil II der gemeinsamen Strategie der Union, basierend auf der Erklärung von Barcelona, festgelegt werden; ist der Auffassung, dass die Mittelmeerstrategie der Europäischen Union folgende Prioritäten umfassen sollte:
 - im politischen Bereich: Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Fortschritt und Emanzipation der Frau angesichts der Diskriminierungen, deren Opfer sie immer noch ist,
 - im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich: verbesserte Finanzierung der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union zur Förderung der Direktinvestitionen in Drittländern im Mittelmeerraum; Förderung des Dialogs und der Verhandlungen über die Partnerschaftsabkommen sowie der Projekte im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit Süd/Süd,
 - im sozialen und kulturellen Bereich: Entwicklung eines sozio-kulturellen Raums Europa-Mittelmeer, in dessen Rahmen der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Kulturen und Zivilgesellschaften des Mittelmeerraums gefördert wird;
17. billigt die präzise und verbindliche Bezugnahme auf die Förderung der in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten anerkannten Grundwerte (Menschenrechte, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der religiösen Minderheiten, Gesundheitsschutz, angemessene Arbeitsbedingungen, Schutz der Kinder);
18. wünscht, dass die Kommission im Rahmen der Abkommen berücksichtigt, dass die Gegenseitigkeit zu den Zielen gehört, die möglichst rasch erreicht werden sollen;
19. weist nachdrücklich auf die Bedeutung der dezentralisierten Zusammenarbeit hin, die den Reichtum und den Erfindungsgeist der Initiativen der Zivilgesellschaft symbolisiert und zur Wiederannäherung der Völker im Mittelmeerraum beiträgt, und betont, dass es auf der jüngsten Europa-Mittelmeer-Konferenz in Marseille bekräftigt hat, dass es einen Beitrag zur Wiederbelebung der Partnerschaft leisten wird;
20. fordert, dass im Rahmen der dezentralen Zusammenarbeit die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften enger in die Mittelmeerpartnerschaft einbezogen werden, wie dies auch in der Schlusserklärung der dritten Konferenz im April 1999 in Stuttgart betont worden ist;
21. ist der Meinung, dass diese Werte in der neu entstehenden Demokratie in der Republik Jemen durch die Beteiligung Jemens als Beobachter am Barcelona-Prozess gestärkt

würden, und hofft, dass die Modalitäten für eine solche Regelung geprüft werden;

22. befürwortet die Berücksichtigung neuer wichtiger Tätigkeitsbereiche wie der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, einer entschiedeneren Unterstützung der Übergangs-, Liberalisierungs- und Öffnungsprozesse der Wirtschaftssysteme sowie der Sicherheit auf der Grundlage der regionalen Zusammenarbeit und des Engagements im Nahost-Friedensprozess;

Zu den Tätigkeitsfeldern und den spezifischen Initiativen der gemeinsamen Strategie

23. unterstützt die Entschlossenheit des Rates, auch im Bereich der Sicherheit zu einer Partnerschaft zu kommen und dabei einen gemeinsamen Raum des Friedens und der Stabilität zu schaffen;
24. schließt sich den im Rahmen der neuen Strategie vorgeschlagenen Initiativen in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an; wünscht jedoch, dass das angekündigte Engagement in wirksamer Weise als ein wesentliches Element für die Umsetzung der Partnerschaft betrachtet wird und bekräftigt die Komplementarität zwischen der Achtung der Menschenrechte und dem Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
25. bekräftigt seine Ablehnung der Todesstrafe und appelliert an die assoziierten Länder im Mittelmeerraum, ein Moratorium für Hinrichtungen anzuwenden; fordert ferner die Kommission auf, Initiativen zur Unterstützung von Sensibilisierungskampagnen umzusetzen, die zur Anwendung eines Moratoriums für Hinrichtungen führen sollen;
26. bedauert, dass Initiativen zugunsten des Umweltbereichs in der gemeinsamen Strategie fehlen und empfiehlt dem Rat, kurz- und mittelfristige strategische Umweltaktionen für den Mittelmeerraum festzulegen;
27. ist der Auffassung, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung des Wassers als eines gemeinsamen Gutes sowie die Wahrung der biologischen Vielfalt für die Region von herausragender Bedeutung sind und besondere Beachtung verdienen, die in der Strategie festgelegt werden muss;
28. betont die Bedeutung eines ernsthaften, umfassenden Konzepts für den Umweltschutz als eine durchgängige Komponente und fordert konkrete Initiativen, da ein solches Konzept eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der Partnerschaft Europa-Mittelmeer darstellt;
29. fordert den Rat, die Kommission sowie die Länder in Europa und im Mittelmeerraum dringend auf, eine engere, regelmäßige Kooperation und Konsultation des Aktionsplans für den Mittelmeerraum und der Mittelmeerkommission für nachhaltige Entwicklung zu fördern;

Zu den Instrumenten und Mitteln für die Verwirklichung der gemeinsamen Strategie

30. kritisiert den zu allgemeinen Charakter und die Unangemessenheit von Teil IV der gemeinsamen Strategie, welcher der Definition der Instrumente und Mittel, die zu ihrer Umsetzung dienen sollen, gewidmet ist, wobei sich dieser Teil vorwiegend auf die Erfordernisse der strukturellen Koordinierung und des vorhandenen Instrumentariums

konzentriert;

31. weist auf das Fehlen jedweder Bezugnahme auf die MEDA-Verordnung hin und hofft, dass die Revision dieser Verordnung ein effizienteres Funktionieren gewährleistet und gleichzeitig die Flexibilität und Dezentralisierung verbessert; hofft ferner, dass diese zur Vereinfachung der Verfahren durchgeführte Revision der Verordnung die Quantität und Qualität der Ausgaben verbessert und die regionale Dimension sowie die Dimension Süd/Süd der Partnerschaft Europa-Mittelmeer intensiver und besser fördert; fordert die Kommission auf, in der Folge zu prüfen, ob die durchgeführte Revision den tatsächlichen Anforderungen entspricht;
32. fordert den Rat und die Kommission dringend auf, den Zugang von nichtstaatlichen Organisationen, von Vereinigungen und Sozialpartnern zu den Entscheidungsmechanismen und zur Verwaltung der Programme zu überdenken, zu vereinfachen und zu verstärken;
33. unterstützt den Vorschlag, eine indikative Bestandsaufnahme der Ressourcen der Union, der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten, mit deren Hilfe die gemeinsame Strategie angewandt werden soll, zu entwickeln und weiterzuführen; weist in diesem Zusammenhang jedoch auf den zu allgemeinen Charakter des Vorschlags und das Fehlen einer operativen Definition hin;
34. weist auf die mögliche Verwirrung hin, die bei der Koordinierung der gemeinschaftlichen, einzelstaatlichen und zwischenstaatlichen Instrumente und Mittel entstehen könnte; fordert daher eine wirksame Koordination dieser Mittel, und fordert den Rat auf, bei der Anwendung der Instrumente konsequent vorzugehen, um Synergieeffekte zu gewährleisten;
35. hält es für unannehmbar, dass diese Strategie keinerlei Hinweis auf den allgemeinen Haushaltsrahmen enthält, in dem ihre Finanzierung zu erfolgen hat;
36. bedauert, dass die Strategie keinen Hinweis auf den Haushaltsrahmen enthält, fordert aber, dass diese Strategie für den Mittelmeerraum ausgerichtet ist auf eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung in den Partnerländern, flankiert von einer dauerhaften Politik der endogenen Entwicklung, die darauf abzielt, ein produktives soziales Gefüge sowie Infrastrukturen zu schaffen, die den Belangen der Mittelmeerländer Rechnung tragen; fordert, dass die Prioritäten der Vorhaben den gemeinsamen Zielen und Prioritäten der Europäischen Union und der Mittelmeerländer entsprechen und nicht nur wirtschaftlichen Kriterien, die der Logik einer Exportwirtschaft entspringen;
37. nimmt den Beschluss zur Kenntnis, für MEDA II (2000-2006) ein Finanzvolumen von 5,35 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, und fordert einen höheren Betrag für MEDA, da die Hilfe für die Balkanländer nicht zu Lasten des Mittelmeerraums gehen sollte;

Vorschläge und Initiativen

38. ist der Auffassung, dass sich die Schaffung einer Freihandelszone nicht auf den freien Güter- und Kapitalverkehr beschränken darf, sondern auch den Austausch von Personen, insbesondere von Studenten und qualifizierten Arbeitnehmern, umfassen muss; unterstreicht das Ziel der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer, das darin besteht, Wirtschaft und Gesellschaft in den Partnerländern zu stabilisieren;

39. fordert als ersten Schritt in Richtung auf eine nachhaltige Mittelmeerpolitik, dass Nachhaltigkeitsstudien zur Bewertung der sozialen und ökologischen Auswirkungen der von der Freihandelszone vorgesehenen Wirtschaftsmaßnahmen durchgeführt werden;
40. ist der Auffassung, dass die wirtschaftliche Umstrukturierung der Mittelmeerländer, die Förderung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen den Mittelmeerländern und die Förderung ihrer Exportwirtschaft parallel zueinander vonstatten gehen sollten;
41. fordert eine größere Aufmerksamkeit für die Süd-Süd-Partnerschaft und die regionale Integration, die darin zum Ausdruck kommen sollte, dass die dezentrale Zusammenarbeit, grenzüberschreitende Vorhaben und eine Investitionspolitik im Dienste der lokalen Entwicklung ausgebaut werden;
42. bekräftigt, dass die Zivilgesellschaft im Mittelpunkt der Partnerschaft stehen muss, und fordert die Verwirklichung endogener Entwicklungspolitiken in den Partnerländern des Mittelmeerraums, die darauf abzielen, ein reichhaltiges und produktives soziales Gefüge zu schaffen, das Anreize für die weitere Entwicklung bieten kann und das es der Bevölkerung ermöglicht, in der Heimat zu bleiben, anstatt diese gezwungenermaßen verlassen zu müssen, sodass es jedem Einzelnen überlassen bleibt, ob er auswandern will oder nicht;
43. ist der Meinung, dass ein effizienter Einsatz der MEDA-Demokratieprogramme für die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft in den Mittelmeerländern grundlegend ist; fordert die Kommission daher dringend auf, nach Möglichkeiten zu suchen, wie unabhängige NRO, soziale Vereinigungen und die Sozialpartner gestärkt werden können, damit sie aktiv und effektiv zur Verbesserung des demokratischen sozialen Gefüges beitragen können;
44. fordert in diesem Zusammenhang, dass die EU-Delegationen in den Partnerländern Wissen und Erfahrung vermitteln; fordert ferner die Unterstützung der Politiken, die die Ausbildung der Humanressourcen vor Ort - mit besonderem Augenmerk auf die Ausbildung von Frauen - fördern, wobei gleichzeitig auf eine harmonisierte Zuwanderungspolitik zu achten ist;
45. fordert, dass die Zahl der Beamten sowohl in Brüssel als auch in den Delegationen der Kommission in den Hauptstädten der Mittelmeerländer auf ein realistisches Niveau erhöht wird, um die Einleitung und Durchführung der MEDA-Programme zu fördern und zu beschleunigen; ferner sollte ein Programm zur Aufnahme von Beamten aus Drittländern des Mittelmeerraumes - ähnlich jenem für Beamte aus den Mitgliedstaaten - eingeführt werden, die mit der Vorbereitung der "Dossiers" des MEDA-Programms beauftragt werden;
46. schlägt die Gewährung von Krediten für die berufliche Eingliederung für die jungen Menschen in den Mittelmeer-Partnerstaaten vor, die den Wunsch haben, die im Laufe ihrer Ausbildung in Europa erworbenen Qualifikationen dann in ihren Herkunftsländern anzuwenden;
47. fordert, dass die Europäische Union geeignete Maßnahmen ergreift, um die Länder der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft dabei zu unterstützen, die erforderlichen kulturellen und wirtschaftlichen Initiativen zu ergreifen, um der Abwanderung von Akademikern in industrialisiertere Länder Einhalt zu gebieten;

48. ist der Auffassung, dass Fördermaßnahmen für private Investitionen erforderlich sind, da diese für den Erfolg der Partnerschaft Europa-Mittelmeer entscheidend sind;
49. wünscht, dass eine echte "euromediterrane" Agrarpolitik umgesetzt wird, in deren Rahmen die Erzeugnisse der südeuropäischen Regionen und jene der Mittelmeer-Partnerstaaten sich gegenseitig ergänzen, wobei der grundlegenden Rolle der Landwirtschaft in jenen Ländern und den Ländern Südeuropas, auch im Hinblick auf sozio-ökonomische Aspekte, das räumliche Gleichgewicht und den Umweltschutz, Rechnung zu tragen ist;
50. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit von Dreiecksgeschäften im Handelsbereich zu prüfen, in deren Rahmen bestimmte Drittländer Hilfsgüter erhalten können, die in anderen Drittländern gekauft wurden, welche bereits jetzt Zollbefreiungen bei der Ausfuhr genießen;
51. empfiehlt unbeschadet dessen die Erhaltung typisch europäischer Produktionszweige, prangert jede Art von Fälschung an und tritt für den Schutz von Gütezeichen ein, wobei außerdem klare Kooperationsbeziehungen mit den europäischen Unternehmen vorgezogen werden, die in der Lage sind, diese Gütezeichen zu schützen sowie gleichzeitig die Entwicklung voranzutreiben und qualifizierte Arbeitsplätze auch in den Mittelmeer-Partnerstaaten zu schaffen;
52. empfiehlt der Kommission, im Rahmen der Verträge den europäischen Ländern die Ausfuhr von Nahrungsmittelbestandteilen und -erzeugnissen, die auf der Grundlage von Substanzen hergestellt werden, die in der Europäischen Union verboten sind, sowie von entsprechendem Tierfutter, in die Partnerländer des Mittelmeerraums zu verbieten;
53. empfiehlt der Kommission, Kontrollsysteme einzuführen, um sicherzustellen, dass Nahrungsmittelbestandteile und -erzeugnisse sowie Tierfutter, die in den Partnerländern des Mittelmeerraums hergestellt werden und für die Märkte der Europäischen Union bestimmt sind, keine Substanzen enthalten, die in der EU verboten sind;
54. verurteilt sämtliche Praktiken im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, der Ausbeutung durch Prostitution oder Kinderarbeit und fordert verstärkte Bekämpfung; wünscht ferner die Anwendung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer in jenen Ländern, wobei Programme und Mittel der Partnerschaft Europa-Mittelmeer zu diesem Zweck einzusetzen sind;
55. weist darauf hin, dass sowohl das Schlussdokument der Konferenz von Barcelona als auch die Partnerschaftsabkommen Klauseln über die Weiterentwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Individualrechte enthalten; bedauert in diesem Zusammenhang, dass der Rat dieser Tatsache nicht immer Rechnung trägt, selbst wenn das Parlament ihn darauf hinweist; empfiehlt eine kontrollierte und sichere Bestimmung der Mittel für die Entwicklung in den Partnerstaaten des Mittelmeerraums, mit der die Achtung der Menschenrechte gefördert wird;
56. empfiehlt der Kommission, im Rahmen der Abkommen besonderes Augenmerk auf die Verfahren bei der Behandlung der Tiere, auf den Umweltschutz, die Entsorgung toxischer Abfälle, sowie die eventuelle Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke zu legen;
57. empfiehlt, dass alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um Missbräuche bei der Entsorgung von Abfällen aus Kontinentaleuropa zu verhindern, insbesondere wenn diese

erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben und das ökologische Gleichgewicht in den Mittelmeer-Partnerstaaten stören;

58. fordert die Einführung eines Informationsbulletins für die bessere Weiterverbreitung der Gemeinschaftsprogramme, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer und die Information über die Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung; fordert ferner, dass die Frage der Zuwanderung mit all ihren sozio-ökonomischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Aspekten Gegenstand der Partnerschaft Europa-Mittelmeer sein muss; fordert in diesem Zusammenhang, die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für die Migrationsströme im Mittelmeerraum zu prüfen;
59. fordert spezifische Programme zur Bekämpfung der Desertifikation und zur Entwicklung der Trinkwasseraufbereitung sowie zur Verteidigung und Förderung der Besonderheiten des regionalen Handwerks;
60. fordert die Kommission auf, ein besonderes Programm zu schaffen, um die Aquakultur und den Ausbau der Fischzuchtbestände zu verwirklichen und nach Möglichkeit auszuweiten;
61. hofft, dass gemeinsame Pilotprojekte zur Erprobung der Nutzung alternativer erneuerbarer Energieträger durchgeführt werden;
62. fordert die Beteiligung aller Mittelmeerländer am künftigen Sechsten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung und empfiehlt, dass die Öffnung bestimmter EU-Programme, die auf die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzielen, in naher Zukunft Wirklichkeit wird;
63. fordert dazu auf, in Zusammenarbeit mit den berufständischen Einrichtungen der Mittelmeerländer sowie unter Heranziehung von qualifiziertem Personal aus der Union, spezielle Kurse im Bereich des Fremdenverkehrs einzuführen;
64. fordert, dass die Investitionen Europas im Bereich der Fremdenverkehrs den örtlichen Traditionen auch in der Architektur Rechnung tragen, und dass in Europa Rechtsvorschriften und ein Verhaltenskodex Anwendung finden, die verhindern, dass örtliche Arbeitskräfte von Einzelpersonen oder Unternehmen aus Europa ausgebeutet werden;

o

o o

65. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Mittelmeerländer, welche die Erklärung von Barcelona unterzeichnet haben, zu übermitteln.